

PRÄSIDENTENKONFERENZ DER LANDWIRTSCHAFTSKAMMERN ÖSTERREICHS

Wien I., Löwelstraße 12

Postfach 124 1014 Wien

Telefon 63 07 41, 63 77 31 Fernschreiber 07/5451

A. Z.: **S - 983/Sch**Es wird ersucht, bei Antwortschreiben das
Aktenzeichen anzugeben.

Betreff:

Zum Schreiben vom

A. Z.:

Wien, am **3. November 1983**

An das
Präsidium des Nationalrates
Parlament
1010 Wien

DL	36	1983
Zl.		
Datum:	8.11.1983	
Von:	1983 -11- 10 fresser	

*Da Baur*Betreff: Entwurf eines Landeslehrer-Dienstrechtsgesetzes

Die Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs beehrt sich, dem Präsidium des Nationalrates die beiliegenden 25 Abschriften ihrer Stellungnahme zum Entwurf eines Landeslehrer-Dienstrechtsgesetzes mit der Bitte um Kenntnisnahme zu überreichen.

25 Beilagen

Für den Generalsekretär:

*[Handwritten signature]*

**PRÄSIDENTENKONFERENZ
DER LANDWIRTSCHAFTSKAMMERN
ÖSTERREICHS**

Wien, am
Wien I., Löwelstraße 12, Postfach 124 1014 Wien
Telefon 63 07 41, 63 77 31, Fernschreiber 13/5461

A.Z.: S - 983/Sch

Zum Schreiben vom 21. September 1983

Zur Zahl 13.462/18-3/83

An das
Bundesministerium für Unterricht
und Kunst

Minoritenplatz 5
1014 Wien

Betreff: Entwurf eines Landeslehrer-Dienstrechtsgesetzes

Die Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs beehrt sich, zum vorgelegten Entwurf eines Bundesgesetzes über das Dienstrecht der Landeslehrer - Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz - LDG 1983 wie folgt Stellung zu nehmen:

Das Ziel des Gesetzentwurfes, ein umfassendes Dienstrecht für die Landeslehrer zu schaffen, in dem auch die Lehrverpflichtungsregelungen und Dienstnehmerschutzbestimmungen enthalten sind, ist zu bejahen. Auf diese Weise kann, zumindest im Prinzip, eine Verwaltungsvereinfachung und Zunahme der Rechtssicherheit eintreten.

Die Präsidentenkonferenz vertritt jedoch die Ansicht, daß das an sich gut zu heißende Ziel nicht wieder durch praxisfremde und komplizierte Bestimmungen und durch allzuvielen Sonderregelungen für die Landeslehrer unterlaufen werden sollte. Überdies sind die Begünstigungen betreffend Ausmaße an Lehrverpflichtungen, Möglichkeiten der Stundenabschläge und das Ausmaß der unterrichtsfreien Zeit bereits so groß, daß weitere Begünstigungen keinesfalls in das Landeslehrerdienstgesetz aufgenommen werden sollten.

Zu einzelnen Bestimmungen des Entwurfes wird noch folgendes bemerkt:

Zu § 52:

Die Formulierung widerspricht eindeutig dem Prinzip möglicher

- 2 -

Verwaltungsökonomie. Es ließen sich sicher Mittel und Wege finden, die Mehrdienstleistungsvergütungen, die Lehrverpflichtungen und überhaupt die Berechnung des Gehaltes einfacher und übersichtlicher zu gestalten. Man könnte dabei außerdem auf die Erfordernisse der EDV Rücksicht nehmen.

Zum 6. Abschnitt:

Die Leistungsfeststellung ist in dem Entwurf äußerst unsystematisch und schwer verständlich geregelt, so daß es unbedingt notwendig wäre, diesen gesamten Abschnitt neu zu formulieren. Ein entsprechender Vorschlag wurde übrigens bereits im Rahmen der Vorberatungen zu diesem Gesetzentwurf eingebracht.

Zu § 121:

Die Abgeltung des Englischunterrichtes in der Grundschule ist in der 41. Gehaltsgesetz-Novelle auf eine für Lehrer völlig unübliche und auch schwer praktikierbare Weise geregelt worden. Der § 121 sollte daher unbedingt an die sonst im Gehaltsgesetz für Lehrer üblichen Regelungen und Normen angepaßt werden.

Zu § 123:

Ein rückwirkendes Inkrafttreten des Landeslehrer-Dienstrechtes würde die Vollzugsorgane vor unlösbare Aufgaben stellen. Von einer solchen Möglichkeit ist daher unbedingt abzusehen.

Der Gesetzentwurf enthält überdies an zahlreichen Stellen Ungeheimheiten und widersprüchliche oder ungenügende Formulierungen, die im Detail von den zuständigen Fachleuten noch abzuklären wären. Insgesamt zeigt sich, daß der Gesetzentwurf noch einmal gründlich überarbeitet werden sollte.

25 Abschriften dieser Stellungnahme werden wunschgemäß gleichzeitig dem Präsidium des Nationalrates zugeleitet.

Der Präsident:

gez. Ökt. Dr. Lehner

Der Generalsekretär:

gez. I. V. Dr. Korbl

